

Nachrichtenagentur APD®

38/2021 - Zur sofortigen Veröffentlichung

Themen: USA, Nationalismus, Evangelikale, Weiße, Schwarze, Trump,

Ein schwarzer Donald wäre nicht gewählt worden



Gebetsrunde im Green Room des Weißen Hauses mit Donald Trump und Mike Pence zur Nominierung von Richter Neil M. Gorsuch für den Obersten Gerichtshof

© The White House from Washington, DC, Public domain, via Wikimedia Commons

Wetzlar | 15.02.2021 | APD | Ein weißer Nationalismus in den Vereinigten Staaten habe entscheidender dazu beigetragen, dass Evangelikale Donald Trump als US-Präsidenten unterstützten, als theologische und ethische Überzeugungen. Das erklärte der amerikanische Soziologe Philip Gorski gegenüber dem Christlichen Medienmagazin pro.

In der aktuellen Ausgabe 1/2021 betonte Gorski, dass US-Evangelikale Trump nicht in erster Linie wegen seiner konservativen Politik und seiner Haltung gegen Abtreibung gewählt hätten. „In Umfragen rangiert der Lebensschutz etwa auf Platz zehn, weit hinter dem Thema Einwanderung oder Recht und Ordnung“, sagte Gorski. Dahinter stehe ein Nationalismus von weißen US-Christen mit einem Idealbild von nationaler Einheit, Reinheit, Leitkultur und Traditionen.

Wäre Trump ein schwarzer Afroamerikaner gewesen, wäre er mit denselben politischen Positionen nicht Präsident geworden, behauptete der Soziologe gegenüber pro. Die politische Trennlinie innerhalb der amerikanischen Christenheit verlaufe zwischen weißen und schwarzen Christen. Schwarze Evangelikale, schätzt Gorski, wählten traditionell zu über 90 Prozent den demokratischen Kandidaten. Deshalb sei auch mit Blick auf die Evangelikalen in den USA eine Differenzierung notwendig. „Es gibt innerhalb der Evangelikalen große Meinungsunterschiede in Sachen Politik, das kommt in den Medien allerdings nicht oft vor“, sagte er. Damit die evangelikale Bewegung in den Vereinigten Staaten nicht auseinanderbreche, sei es notwendig, „dass man die pluralistische Gesellschaft akzeptiert“.

Prantl kritisiert Einschränkung der Grundrechte in Deutschland

Der Journalist Heribert Prantl, bis 2019 Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und langjähriger Ressortchef Innenpolitik, kritisierte im pro-Interview die Einschränkungen der Grundrechte in der Corona-Krise. „Die große Gefahr dieser Krise liegt in meinen Augen darin, dass das Bewusstsein entsteht, man müsse Grundrechte opfern, um des Problems Herr zu werden. Dabei sind sie die Leuchttürme, die in Zeiten der Krise besonders intensiv leuchten“, sagte er. Prantl befürchte, „dass die Reaktionen auf die Pandemie, die wir jetzt seit fast einem Jahr erleben, zur Blaupause werden für alle möglichen folgenden Katastrophen“. Den kirchlichen Amtsträgern warf er vor, den staatlichen Eingriffen in die Religion nicht deutlich genug widersprochen zu haben. „In der Corona-Krise haben sich die Kirchen der ernüchternden Wirklichkeit zu sehr ergeben“, sagte er.

Die Ausgabe 1/2021 des Christlichen Medienmagazins pro ist als PDF-Datei verfügbar:

https://www.pro-medienmagazin.de/fileadmin/pro/proMagazine/2021/PRO_2021_01.pdf

Diese Agenturmeldung ist auch im Internet abrufbar unter: www.apd.info

IMPRESSUM:

Nachrichtenagentur APD®

Zentralredaktion Deutschland, Postfach 4260, 73745 Ostfildern

Tel: +49 511 97177-114

E-Mail: info@apd.info

Web: www.apd.info

Facebook: [AdventistischerPressdienstDeutschland](https://www.facebook.com/AdventistischerPressdienstDeutschland)

Twitter: https://twitter.com/apd_info

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

Kostenlose Text-Nutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe und klaren Zuordnung zur Quelle „**APD**“ gestattet.

Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

APD® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.